

SPD Ortsverein Büdingen

informiert



April 2015

Liebe Mitglieder

Hier möchten wir Euch in unregelmäßigen Abständen zu verschiedenen Themen rund um den SPD Ortsverein und der SPD Fraktion im Stadtparlament informieren.

Jahreshauptversammlung des SPD Ortsvereins

Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung des SPD Ortsvereins im Dorfgemeinschaftshaus Vonhausen waren unter anderen auch Wahlen von einigen Vorstandämtern notwendig.

Der Vorsitzende der SPD, Bernd Friedl, begrüßte die anwesenden Mitglieder und brachte seine Freude über die große Beteiligung zum Ausdruck. Im Bericht des SPD Ortsvereins Büdingen gab der Vorsitzende einen Überblick des vergangenen Geschäftsjahres. So konnte der Ortsverein dank der erfolgreichen Arbeit in den Ortsbezirken wie Lorbach, Eckartshausen und Vonhausen seinen Mitgliederstamm halten.

Aktiv war der Ortsverein auch bei Veranstaltungen. Franz Maget, langjähriger SPD Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag war vergangenes Jahr Gastredner bei einer gut besuchten Veranstaltung zum Thema "Kirche und SPD - von Gegnerschaft zu Gemeinsamkeiten".

Das Sommerfest im Oberhof war ein voller Erfolg. Mitglieder und Gäste machten es sich gemütlich, um bei selbstbelegter Pizza den "Rocker vom Rauhen Berg" zuzuhören. Weiterhin nahm der Ortsverein mit einem Stand an allen 5 Tagen des Weihnachtsmarktes teil.

Regelmäßige Treffen und Abstimmungen zwischen dem Ortsvereinsvorsitzenden Friedl und dem Fraktionsvorsitzenden Kaiser waren auch Grundlage für viele Anträge und Impulse welche in der Stadtverordnetenversammlung gestellt wurden. Ein wichtiger Schritt war hier der Antrag, die "Reichardsweide" durch die Stadt von der HLG (Hess. Landgewinnungsgesellschaft) ablösen zu lassen, um die Vermarktung der Gewerbefläche schneller zum Erfolg zu bringen.

Auch der Antrag der SPD, im Rahmen der Sanierung der "Berliner Straße" einen Kreisel vor der ehem. Kreisverwaltung zu errichten, fand die Zustimmung der meisten Fraktionen. Laut Hessen Mobil ist dies technisch möglich. Auch wenn die Stadt Büdingen die entstehenden Mehrkosten selbst tragen muss, hofft die SPD auf einen Mehrheitsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung, um diese verkehrsentlastende Maßnahme durchzuführen. Berichte gaben der Fraktionsvorsitzende Matthias Kaiser aus der Stadtverordnetenversammlung und Horst Diefenbach aus dem Magistrat.

Der Vorstand wurde anschließend von der Versammlung einstimmig entlastet.

Bei den anschließenden Wahlen wurde die bisherige Schriftführerin Carola Siemon als neue Kassiererin gewählt. Neuer Schriftführer wurde Sebastian Moritz. Nach dem Ausscheiden eines Beisitzers wegen Wegzug aus Büdingen wurde nun Maximilian Franz als Nachfolger gewählt.

Die Mitgliederversammlung begrüßte ausdrücklich die durch diese Nachwahlen erfolgte Verjüngung des Vorstands.

Die Anwesenden sind sich einig, dass die Mischung von „jüngeren“ und „alten Genossen“ im Vorstand, die richtige Mischung für die Zukunft der SPD Büdingen sein wird.

Veranstaltung des Ortsvereins:

Am Montag, 01. Juni findet eine Veranstaltung mit MdB Bettina Müller statt.

Thema wird sein „Bericht aus Berlin“.

Beginn ist um 19.00 Uhr im Sportheim Lorbach.

Wir hoffen, recht viele Mitglieder begrüßen zu dürfen.

Aus den Ortsbezirken

Düdelnheim: Kräppel Nachmittag des SPD Ortsbezirks

Zu den Höhepunkten des Nachmittags gehörten freilich die Ehrungen langjähriger Mitglieder. Lisa Gnadl zeichnete Margot Bach, die Vorsitzende des Düdelzheimer Seniorenclubs, aus. Sie hält der SPD bereits seit 40 Jahren die Treue. Peter Stiegler ist seit 30 Jahren Mitglied. Richter erinnerte, das Siegfried Müller, Ehrenbürger der Stadt Büdingen, der genauso an der Veranstaltung teilnahm wie die Ehrenstadträte Bruno Pöhlitz und Gerhard Steiner, bereits seit 55 Jahren Parteimitglied ist.

Zur Unterhaltung der Besucher hatten unter anderem die „Vocakids“ aus Wolf mit ihren Liedern und Jan Richter sowie Nils Telle von den „Dilsemer Windmächern“ mit einem humorvollen Rückblick beigetragen. Natürlich gab es leckere Kräppel und eine Tombola mit vielen attraktiven Preisen.

Bereits heute der Hinweis – In Düdelnheim findet wie seit vielen Jahren das traditionelle 1. Mai Fest statt.

Lorbach: Der Ortsbezirk Lorbach veranstaltet am 01.Mai zum ersten Mal ein Handkäs-Fest in Lorbach. Bettina Müller wird anwesend sein und Grußworte sprechen.

Aufnahmeeinrichtung auf dem Kasernengelände

Bei einem Informationstreffen zur Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge und dem geplanten Neubau des Lorbacher Kindergartens waren die Magistratsmitglieder Elmar Welling (CDU) und Horst Diefenbach sowie der SPD Vorsitzende Bernd Friedl zu Gast bei der Lorbacher SPD. Auch die Führungsmannschaft der Lorbacher Feuerwehr um Wehrführer Michael Koch nutzte das Treffen, um sich auf den neuesten Stand zu bringen. Welling und Diefenbach berichteten über zahlreiche Initiativen bei der Planung der Erstaufnahmeeinrichtung, die in Sichtweite des Lorbacher Ortsschildes auf dem unteren Teil des ehemaligen Kasernengeländes liegen wird. Am 31. März soll der Zuschlag für einen von vier Investoren erfolgen, der dann neben dem Bau der Erstaufnahmeeinrichtung auf ca. 5 Hektar Fläche auch die weiteren ca. 12 Hektar Fläche für eine neue Nutzung erschließen wird. Voraussichtliche Inbetriebnahme wird im Oktober dieses Jahres sein. 50 bis 70 Arbeitsplätze (Catering, Putzkolonne, Sicherheitsdienst, Dolmetscher, Sozialarbeiter, Ärzte etc.) sollen geschaffen werden, um die 500 bis maximal 800 Flüchtlinge optimal zu betreuen. Einhelliger Wunsch der Lorbacher SPD ist es, so die beiden Vorsitzenden Jürgen Rollmann und Jürgen Stürtz, dass für die anstehenden Arbeiten auch Aufträge an Büdinger und damit Lorbacher Unternehmen vergeben werden.

Die Lorbacher Feuerwehr rechnet ab Oktober mit vermehrten Einsätzen, sieht sich aber durch die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit Stadtbrandinspektor Naumann gut aufgestellt. Im Voraus sollte man aus Erfahrungen im Brandschutz anderer Erstaufnahmeeinrichtungen lernen. Beispielsweise um häufige Fehlalarmierungen zu vermeiden, um besonders tagsüber die Feuerwehrleute und deren Arbeitgeber nicht zu sehr zu belasten. Lediglich ein Wunsch wurde von Michael Koch, Oliver Osenberg (stellv. Wehrführer) und Samuel Waas (Gruppenführer) geäußert: Bei der Anschaffung des neuen Lorbacher TSF-W, welches im Jahr 2016/17 ansteht, sollten zwei Atemschutzgeräte im Mannschaftsraum untergebracht werden. Koch: „Das brächte einen großen Zeitvorteil, denn die Kameraden müssten sich nicht erst an der Einsatzstelle mit Atemschutz ausrüsten, sondern könnten dies bereits auf der Anfahrt tun.“

Aus dem Stadtparlament

Stadtverordnetenversammlung hat Spamer zu Schadenersatz aufgefordert

Was war passiert? Die Kommunalaufsicht hat festgestellt, dass Bürgermeister Spamer in zwei Fällen seine Dienstpflichten verletzt hat. Durch dieses rechtswidrige Verhalten des Bürgermeisters ist der Stadt ein Schaden von mindestens 54.500 € entstanden.

Im ersten Fall hatte der Bürgermeister einem Käufer eines städtischen Grundstücks eigenmächtig einen Nachlass von 27.500 € gewährt, ohne vorher die Stadtverordnetenversammlung zu fragen. Es ist zwar grundsätzlich zulässig, Grundstückskäufer einen Nachlass auf den Kaufpreis zu gewähren, nur liegt dieses in der Entscheidungshoheit der Stadtverordnetenversammlung und nicht des Bürgermeisters.

Des Weiteren wurde mit dem Vertragsabschluss zwischen der Stadt Büdingen und der Firma „German Radar“, gegen Vorschriften des Kommunal – Gemeindehaushalts und des Vergaberechts verstoßen.

Lt. Kommunalaufsicht hätte dieser Auftrag europaweit ausgeschrieben werden müssen, sowie von dieser genehmigt werden müssen, da zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses die Stadt noch keinen genehmigten Haushalt hatte.

Zusätzlich zu diesem obigen Vertrag wurde durch den Bürgermeister mit der obigen Firma ein Zusatzvertrag über die Lieferung eines Sonderfahrzeuges für das Ordnungsamt der Stadt Büdingen abgeschlossen. Diese zusätzliche Vereinbarung wurde weder von der Stadtverordnetenversammlung, noch vom Magistrat gebilligt.

Dies hat zu Folge, dass die Stadt Büdingen pro „geschossenen Bild“ durch die Firma German Radar weniger Geld erhält als im Dienstleistungsvertrag (Vertrag über die Vergabe der Blitzaufträge) vereinbart. Dadurch ist der Stadt ein finanzieller Schaden in Höhe von mindestens 4.500 € pro Jahr (mal 6 Jahre – die Nutzungsdauer des Opel Zafiras), also 27.000 € entstanden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung ohne Aussprache mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und Pro Vernunft auf Vorschlag des Stadtverordnetenvorstandes beschlossen, den Bürgermeister in Höhe von insgesamt 54.500 € in Regress zu nehmen.

Vor dem Landratsamt entsteht ein Kreisverkehr auf Initiative der SPD-Fraktion

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2014 hat die SPD-Fraktion folgenden Prüfauftrag eingebracht:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen ob die Möglichkeit besteht, im Wege der Sanierung der Berliner Straße, vor dem Landratsamt einen Kreisverkehr zu errichten.“

Schon in November 2014 wurde uns von Seiten „Hessen Mobil“ signalisiert, dass diese Möglichkeit besteht. Die Stadt müsse sich allerdings anteilig an den Kosten für den Kreisverkehr beteiligen.

Für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2014 wurde uns von Seiten des Bürgermeisters eine Vorlage vorgelegt aus der hervorging, dass der Magistrat den Bau des Kreisels aus Kostengründen abgelehnt habe.

Dies war sehr verwunderlich, da der Magistrat bis dato noch keine endgültige Entscheidung bezüglich dem Bau eines Kreisels getroffen habe. Nachdem sich der Magistrat mehrheitlich für den Bau eines Kreisverkehrs vor dem Landratsamt ausgesprochen hat, wurde für die Stadtverordnetenversammlung eine geänderte Vorlage vorgelegt, welche in der Sitzung am 20. März 2015 behandelt wurde.

In dieser haben sich die Fraktionen aus SPD, CDU, Pro Vernunft und die FDP für den Bau des Kreisverkehrs vor dem Landratsamt ausgesprochen.

Der Bürgermeister hat den Bau des Kreisverkehrs mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt.

Konkreter wurde sein Parteikollege Tim Strehm. Der Bau eines Kreisverkehrs vor dem Landratsamt sei Voraussetzung, dass sich ein Markt (höchst wahrscheinlich ein Elektromarkt), an der Seeme hinter dem Penny-Markt ansiedeln könne. Da man den Markt allerdings nicht haben möchte, lehnt seine Fraktion den Bau des Kreisverkehrs ab.

Dies zeigt wieder einmal dass der Bürgermeister und die FWG-Fraktion nicht zum Wohle der Stadt handeln.

Klientelpolitik geht vor Allgemeininteresse. Schließlich saß der Vater des Inhabers des Elektrogeschäfts an „der Fahrbach“ lange Jahre für die FWG im Stadtparlament.

Haushaltsführung der Stadt Büdingen

Der Landrat hat den Haushalt 2015 der Stadt Büdingen genehmigt mit folgenden Anmerkungen:

Die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt ist aufgrund der defizitären Haushaltsentwicklung nach wie vor als gefährdet anzusehen. Ein Haushaltsausgleich soll bis zum Jahr 2017 durch Umsetzung weitere Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen erzielt werden. Genehmigung von Kreditaufnahmen kann wegen der Gefährdung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt nur unter dem Vorbehalt der aufsichtsbehördlichen Einzelgenehmigungen erteilt werden.

Festgesetzter Gesamtbetrag der Kredite wird auf 745.000 € festgesetzt

Festgesetzter Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 550.000 € festgesetzt.

Genehmigter Höchstbetrag von Kassenkrediten darf max. 17 Mio. € betragen.

Bürgermeisterwahl

Geschlossen die Herausforderungen bewältigen

Als eine Schande bezeichnete Stadtverordnetenvorsteher Bernd Luft die Sitzung des Büdinger Parlaments am letzten Freitag. Mehrfach wurden bei den Wortbeiträgen die Grenzen des Anstands verletzt. Da wurde der Geisteszustand des politischen Gegners angezweifelt oder sehr deutlich gemacht, dass auch der politische Gegner keine reine Weste habe.

Auf der Strecke blieben trotz wiederholter Ermahnungen Lufts Respekt und Achtung vor den Mandatskollegen. Leider hat dieses Verhalten in Büdingen eine lange und schlechte Tradition. Trotz wiederholter Appelle und verschiedenster Versuche zu einem kollegialen Miteinander zu finden, ist der Umgang eher rauer geworden.

Das mag man, wie auch am Freitag geschehen, dem Wahlkampf zuschreiben. Doch wie wollen wir unsere Stadt in dem kommenden halben Jahr bis zur Wahl voran bringen, wenn wir nicht bereit sind, einander zuzuhören und uns gegenseitig zu respektieren? Und wer glaubt, dass die Gräben, die durch diesen Umgang aufgerissen werden, schlagartig nach der Wahl wieder zugeschüttet werden?

Ich hatte bereits erwähnt, dass diese Konflikte in Büdingen eine unselige Tradition haben. Sie haben uns nicht nur zum Gespött der Region gemacht. Sie führen auch zu einem Stillstand in der Politik und der Entwicklung der Stadt.

Immer wieder wurden wir wohlmeinend auf die Folgen der politischen Grabenkämpfe in Büdingen hingewiesen. Ich erinnere an die Landräte Rolf Gnadl und Joachim Arnold. Dr. Peter Tauber ermahnte uns, als er noch nicht offiziell für unseren Wahlkreis zuständig war, dass Fördermittel nur dorthin vergeben werden, wo sich Politik und Bürger einig sind. Schließlich hat kein Politiker auf Bundes- oder Landesebene Lust, für sein Engagement auch noch kritisiert zu werden.

Jüngstes Beispiel für das Erstaunen bis Entsetzen, das Außenstehende beim Blick auf die Verhältnisse in der Büdinger Politik oft erfasst, ist Regierungspräsident Dr. Lars Witteck. Bei der Sondersitzung über die Frage der Flüchtlingsunterbringung fand er sehr deutliche Worte zu den Konflikten, die jede konstruktive Zusammenarbeit verhindern.

Weil wir diese Konflikte auch mit großer Ausdauer in der Öffentlichkeit austragen, eilt uns unser schlechter Ruf voraus. Oft sind die ersten Eindrücke, die Auswärtige von unserer Stadt bekommen, der anhaltende politische Streit und nicht deren viele außergewöhnliche schöne Seiten. Dass so ein gutes Investitionsklima entsteht, kann wohl niemand ernsthaft glauben.

Dabei bin ich überzeugt, dass fast alle Stadtverordneten an einer guten Entwicklung der Stadt interessiert sind. Als Bürgermeisterkandidat bin ich auch angetreten, um hier einen ernsthaften Neuanfang im Umgang miteinander zu erreichen.

Ausdrücklich nehme ich auch meine Fraktion von dieser Kritik nicht aus. Ich habe Verständnis, dass sich der eine oder andere in einer hitzigen Diskussion auch zu schärferen Worten hinreißen lässt. Dabei müssen aber immer Respekt und Anstand die Grenzen bilden, die nicht überschritten werden dürfen.

Sonst werden wir nicht nur die Achtung der Bürger, sondern auch die Konkurrenz mit Nachbarkommunen um Investoren, Arbeitsplätze und neue Einwohner verlieren.

Benjamin Harris - Ihr Bürgermeisterkandidat für Büdingen

Unsere weiteren Aktionen

Am Samstag, 04.04. haben wir einen gemeinsamen Infostand an der Stadtapotheke. Wir werden dann zusammen mit Benno Harris Informationen zu seinen Vorstellungen eines Bürgermeisters verteilen. Auch gibt es für die Bürger einen kleinen Ostergruß.

Ostergrüße gehen auch an alle Unterstützer von Benjamin Harris welche mit Ihrer Unterschrift die Kandidatur von ihm mittragen.

Nach Ostern wird es eine Broschüre geben mit ersten Aussagen von Harris.

Ab morgen gibt es jeden zweiten Mittwoch im Büdinger Boten eine Anzeige/Artikel von ihm mit Informationen und Aussagen zu einzelnen Sachthemen der Büdinger Politik.

Lasst uns gemeinsam für einen Wechsel im Bürgermeisteramt werben und kämpfen.



Reichelsheim, den 14. März 2015

Liebe Genossin, lieber Genosse,

machen wir es kurz: In der Wetterau wissen wir, dass es immer gut ist, wenn die SPD regiert! Wir sind der Motor in der Bundesregierung, setzen kontinuierlich sozialdemokratische Duftnoten und arbeiten fleißig unsere To-Do-Liste ab. Das gilt für meinen Arbeitskreis Gesundheit, aber auch für die gesamte Fraktion:

TO DO LISTE*:

Erledigt

- GESUNDHEITSAUSSCHUSS: GESETZ ZUR BESSEREN VEREINBARKEIT VON PFLEGE, FAMILIE UND BERUF**
- ARBEIT WERTSCHÄTZEN: MINDESLohn EINFÜHREN**
- BEZAHLBARES WOHNEN DURCH MIETPREISBREMSE**
- FLEXIBILITÄT IN DIE ELTERNZEIT BRINGEN: ELTERNZEIT PLUS**
- GESUNDHEITSAUSSCHUSS: BEITRAGSGERECHTIGKEIT SCHAFFEN, KOPFPAUSCHALE ABSCHAFFEN**
- GESUNDHEITSAUSSCHUSS: FÜR EINE BESSERE VORSORGE: ENTWURF EINES PRÄVENTIONSGESETZES**
- MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPOSITIONEN: DIE FRAUENQUOTE**
- GESUNDHEITSAUSSCHUSS: WÜRDEVOLL LEBEN, WÜRDEVOLL STERBEN: GESETZENTWURF ZUM AUSBAU DER PALLIATIVVERSORUNG**
- INTEGRATION ERLEICHTERN: DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT**
- GESUNDHEITSAUSSCHUSS: FÜR EINE GUTE UND MENSCHENWÜRDIGE PFLEGE: DAS PFLEGESTÄRKUNGSGESETZ**
- STEUERLICHE GLEICHSTELLUNG VON LEBENSPARTNERSCHAFTEN**
- SICHERER UND BEZAHLBARER STROM: EEG-REFORM**
- LEBENSLEISTUNGEN BESSER ANERKENNEN: DAS RENTENPAKET (RENTE MIT 63)**
- GESUNDHEITSAUSSCHUSS: BESSERE QUALITÄT IN KLINIKEN DURCH KRANKENHAUSREFORM**
- VERBESSERUNG DER FINANZIELLEN SITUATION DER KOMMUNEN**

* NUR EINIGE BEISPIELE



Auch wenn wir innerhalb kürzester Zeit so viele sozialdemokratische Forderungen umgesetzt haben, kann ich dazu nur sagen: Es läuft gut, aber wir haben noch lange nicht genug!

Eure
Bettina



PRESSEMITTEILUNG

Lisa Gnadl: Was Schwarz-Grün in Hessen kürzt, zahlen die Bürgerinnen und Bürger auch im Wetteraukreis

SPD stellt Kampagne gegen die Gefährdung des sozialen Zusammenhalts und der kommunalen Selbstverwaltung vor

Unter der Überschrift „Heute gekürzt, morgen geschlossen?“, macht die SPD-Landtagsfraktion seit gestern landesweit auf die Risiken und Nebenwirkungen der schwarz-grünen Kommunalfeindlichkeit für den sozialen Zusammenhalt in Hessen aufmerksam. Dazu die Wetterauer Landtagsabgeordnete Lisa Gnadl: „Die Städte und Gemeinden in der Wetterau sind von den Kürzungen hart betroffen. Und genau hier müssen wir auch die Debatte über den neuen kommunalen Finanzausgleich führen. Mit unserer Aktion werden wir die Folgen der Unterfinanzierung der kommunalen Ebene aufzeigen“. Den Kommunen fehle seit Jahren das Geld, um ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Sie seien durch immer mehr Aufgaben belastet. Zusätzlich kürze das Land Hessen jährlich den Kommunen 344 Mio. Euro im KFA.

Im Mittelpunkt der Kampagne steht ein schwarz-grünes Absperrband mit der Aufschrift „**Gekürzt! Ihre Landesregierung**“. Damit kann markiert werden, welche Angebote es in dieser Form nicht mehr gibt, wenn die CDU-Grüne-Koalition ihren Plan für einen neuen kommunalen Finanzausgleich (KFA) durchsetzt. „Ich werde mich mit diesem Band an Aktionen vor Ort beteiligen, welche die kommunale Finanznot thematisieren“, sagt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Gnadl betonte, dass gerade der ländliche Raum, darunter auch die Kommunen in Oberhessen, unmittelbar betroffen sei. „Die schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit trifft uns alle. Was das Land den Kommunen vorenthält, zahlen wir in Form höherer Gebühren und Steuern oder in Form schlechterer Angebote. Wenn die Kommunen verarmen, verarmt das soziale Leben“, so Gnadl. Die hessische Verfassung verpflichte das Land, die Städte, Gemeinden und Kreise aufgabengerecht zu finanzieren. Diese Verpflichtung gelte unabhängig von der Schuldenbremse. Im Grunde aber bleibe alles beim Alten, der Mangel werde nur neu verteilt. Dabei sind sich die Kommunen einig: Erst wenn mehr Geld im gemeinsamen Topf landet, können sie ihre Aufgaben erfüllen. Das neue KFA-Modell sei ein Rechenkunststück, bei dem die Parameter so willkürlich festgesetzt worden seien, dass man am Ende das Wunschergebnis von Schwarz-Grün erzielt habe. „Fakt ist“, so Gnadl, „es gibt nicht mehr Geld. Schwarz-Grün reicht den schwarzen Peter an die Städte, Gemeinden und Kreise weiter. Sie sollen Gebühren und Steuern erhöhen und den Bürgern schlechtere Angebote erklären. Tatsächlich wären diese Einschnitte bei angemessener Finanzausstattung nicht nötig“.

Die Landesregierung versuche, die Kommunen in Hessen in „Verlierer“ und „Gewinner“ zu spalten, um den Widerstand der kommunalen Familie zu brechen. „Wir wollen mit unserer Aktion auf die Verursacher der kommunalen Finanzprobleme hinweisen und die Solidarität der kommunalen Familie stärken“, so Lisa Gnadl abschließend.

Unterbezirk Wetterau

Kürzlich fand der Unterbezirksparteitag der Wetterauer Sozialdemokraten statt.

Im Bereich des geschäftsführenden Parteivorstands bestätigten die Mitglieder neben Arnold auch seine vier bisherigen Stellvertreter: die Landtagsabgeordnete Lisa Gnadl, die Kreistagsfraktionsvorsitzende Christine Jäger sowie Stefan Lux und Bardo Bayer wie auch die Schriftführerin Marion Götz und den Pressesprecher Jan Labitzke.

Für den Vorstandsposten des Bildungsbeauftragten kandidierten Tobias Gniza sowie die Kreistagsvorsitzende Stephanie Becker-Bösch, letztere konnte die Wahl für sich entscheiden.

Joachim Arnold erläuterte, Ziel der Wetterauer SPD sei, die soziale Architektur im Kreis unter den gegebenen schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen der hessischen Kommunen zu stabilisieren, auch wenn dazu einige Umbauten nötig gewesen seien. Schon im Kreishaushalt 2014 und besonders im Haushalt für das laufende Jahr sei ein „Turn around“ klar erkennbar, hin zu einem Ausbau des sozialen Netzes in der Wetterau, vor allem im Bereich der Jugendsozialarbeit.

So sei alleine in diesem Bereich eine halbe Million Euro für zusätzliches Personal eingeplant. Schon jetzt müsse man die Zeit ab 2016 in den Blick nehmen: „Wir werden in diesem Bereich ganz klar weiter die sozialdemokratische Linie fahren, und die heißt, dass wir vor allem auf Prävention setzen, etwa durch einen Ausbau der Erziehungsberatung und Jugendsozialarbeit“, meinte Arnold.

Als weiteren Schwerpunkt der sozialdemokratischen Kreispolitik nannte Arnold den Umbau der Ausländerbehörde zu einer Willkommensbehörde. Die Wetterau wurde als einziger Kreis in Hessen für ein Bundesprogramm ausgewählt, das diesen Umbau fördern soll.

Unsere SPD Termine sowie Termine zur Stadtverordnetenversammlung oder Büdinger Feste findet Ihr unter dem Link <https://www.google.com/calendar/embed?src=info%40spd-buedingen.de&ctz=Europe/Berlin>
Falls Ihr in Euren Ortsbezirken noch zusätzliche Termine in 2014/2015 haben solltet, so meldet diese an schrift@spd-buedingen.de

Auf der Homepage der SPD gibt es weitergehende Informationen <http://www.spd-buedingen.de/>



der Vorstand des SPD Ortsvereins und der Fraktion

Bernd Friedl
Vorsitzender Ortsverein

Matthias Kaiser
Fraktionsvorsitzender